

Barbara Töpfer **Schuldnerland Argentinien: Enteignung durch das internationale Finanzkapital oder hausgemachte Misere?**

Zusammenfassung: In dem Artikel geht es um die innenpolitischen Dimensionen der Verschuldung Argentiniens, die als nationales Komplement des imperialistischen Weltmarktzusammenhangs erst die gesamte Dynamik des Verschuldungsprozesses in ihren grundlegenden Dimensionen zu erklären vermag. Die unmittelbare Verantwortung für die gegenwärtige Krisensituation wird dabei dem argentinischen Finanzkapital zugewiesen, welches unter der Militärdiktatur die Auslandsverschuldung als spekulative Bereicherungsstrategie und zur Finanzierung der Kapitalflucht betrieben hatte. Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der gegenwärtigen demokratischen Regierung Alfonsin sind angesichts einer Machtkonstellation, innerhalb derer das Finanzkapital weiterhin dominiert, auf ein Minimum reduziert: sowohl die anfänglichen bescheidenen Reaktivierungsversuche als auch die spätere Stabilisierungspolitik des »Plan Austral« waren letztlich zum Scheitern verurteilt.

Die im Titel dieses Aufsatzes enthaltene Fragestellung knüpft an den in Prokla 63/1986 erschienenen Artikel von Gabriela Simon »Die Enteignung Argentiniens durch das internationale Finanzkapital, über die imperialistischen Strukturen des monetären Weltmarkts.« an. In Auseinandersetzung mit dem aktuellen Diskurs der Banker und ihrer wissenschaftlichen Repräsentanten, u.a. des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, der nachzuweisen versucht, daß die Krise Argentiniens aufgrund von selbstverschuldeter Inflation und Kapitalflucht hausgemacht sei, war hier die gegenteilige These vertreten worden, daß der Ausgangs- und Endpunkt der Verschuldung von der Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten bestimmt sei:

»Die Dritte Welt bleibt dabei Objekt und Lückenbüßer für die wechselnden Reproduktionsbedingungen des Kapitals in den Industrieländern (...) Diesen Konjunkturen des monetären Weltmarktes sind die Entwicklungsländer – soweit sie sich auf ihn einlassen – relativ hilflos aufgeliefert« (S. 72).

Diese These von der reinen Opferrolle der Dritten Welt – und zumal eines Landes wie Argentinien – ist genauso einseitig wie die von G. Simon angegriffene Behauptung der Alleinverschuldung. Die darin implizierte Unterstellung des übermächtigen Wirkens eines anonymen Systemzusammenhangs ist steril, weil sie so abstrakt ist, daß im konkreten Kontext der Verschuldungssituation niemand mehr in politisch relevanter Form verantwortlich gemacht werden kann. Aber selbst wenn der Imperialismus und monetäre Weltmarkt an konkret identifizierbaren Akteuren wie IWF, Banken und Gläubigerstaaten dingfest gemacht werden, ist damit doch nur die halbe Wahrheit benannt. Hier soll natürlich keineswegs das Wirken der von G. Simon untersuchten Systemzusammenhänge geleugnet, noch die Verantwortung der imperialistischen Akteure geschmälert werden. Was jedoch zum Widerspruch herausfor-

dert, ist die Einseitigkeit der Schuldzuweisung: Es ist eben nicht einfach so, daß die »Strukturdefekte der Entwicklungsländer« nur »eine passive Rolle« spielen, indem sie für das internationale Finanzkapital eine »geeignete Angriffsfläche« bieten (S. 86). Es stimmt auch nicht, daß man den »Täter mit seinem Werkzeug« verwechselt, wenn man *auch* die Strukturprobleme der Dritten Welt für die Verschuldungskrise verantwortlich macht. Was sind denn das für Strukturprobleme? G. Simon räumt selbst ein, daß dahinter konkrete Herrschaftsverhältnisse stehen, daß die gegenwärtige Krise in Argentinien ohne die jahrelange Vorherrschaft der Finanzbourgeoisie nicht denkbar wäre. Und in ihrer Analyse der Wirtschaftspolitik Martínez de Hoz weist sie ja gerade nach, wie über diese Politik – freiwillig und gezielt – die Verschuldungskrise hergestellt wurde. Oder war Martínez de Hoz, war die Militärregierung bloß willen- und bewußtloses Werkzeug des Imperialismus?

Die Behauptung des einseitigen Wirkens eines »Sachzwangs Weltmarkt«¹, der linear auf die internen Strukturen einer Gesellschaft wie der argentinischen durchschlägt, fällt in die Frühzeiten einer noch undifferenzierten Imperialismus-Theorie zurück, während die späteren dependenz-theoretischen Ansätze bereits sehr viel differenzierter von spezifischen Verflechtungen zwischen internen und externen Faktoren ausgingen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der herrschenden Kompradorenbourgeoisie gelegt wurde. Die grundlegenden Defizite der Dependenz-Theorie wurden dann aber gerade darin gesehen, daß diese Verschränkung von internen und externen Einflüssen noch immer nicht ausreichend konzeptionalisiert war, so daß die Theorie nicht erklären konnte, wie trotz des Wirkens weitgehend *gleicher* Weltmarktzwänge die einzelnen Länder der Dritten Welt doch recht unterschiedliche Entwicklungserfolge aufwiesen, was offensichtlich auf sehr verschiedene *interne* Verarbeitungskapazitäten für externe Einflußfaktoren hinweist. So ist es zwar richtig, daß die Kompradorenbourgeoisie weltmarktorientiert und deshalb auch als *extern* determinierter Faktor anzusehen ist. Andererseits ist diese Bourgeoisie über ihre Einbettung in *nationale* Reproduktions- und Herrschaftszusammenhänge, deren Spezifika auch sie geprägt haben, längst zum internen Faktor geworden, dessen Besonderheiten nicht mehr stromlinienförmig aus dem Weltmarktzusammenhang abzuleiten sind. Dasselbe gilt in noch stärkerem Maße für andere soziale Gruppen, für politische Institutionen und Kulturen sowie die durch diese Strukturen wiederum geprägten wirtschaftlichen Reproduktionsverläufe.

Im Hinblick auf das Verschuldungsproblem ist die genaue Analyse der Verschränkung von externen und internen Faktoren von besonderer politischer Brisanz. Denn bei der Diskussion um Lösungsmöglichkeiten für die Verschuldungskrise wird implizit oder explizit die Frage der Verantwortlichkeit immer mitdiskutiert, und je nach ihrer Beantwortung fallen die Lösungsstrategien sehr unterschiedlich aus. Ungenauigkeiten und Einseitigkeiten dürfen daher nicht einfach stehen gelassen werden. Der argentinische Wirtschaftswissenschaftler Aldo Ferrer, dem man sicherlich keine monataristischen Ambitionen nachsagen kann, sagt es deutlich:

»Das grundlegende Problem der lateinamerikanischen Auslandsverschuldung liegt nicht bei den Banken oder dem IWF. Es beruht auf dem Versagen, anzuerkennen und sich dem zu stellen, was ihre wirklichen

Probleme sind« (Ferrer 1985, S. 85). Und weiter: »So lange, wie die lateinamerikanischen Staaten weiterhin das Wesen ihrer Konflikte und Probleme verleugnen, können sie von den Bankern, dem IWF und anderen Führungsinstanzen der entwickelten Welt nichts anderes als die traditionellen Konzepte erwarten (...) Wenn sich die Spielregeln des internationalen Systems nicht verändern, so liegt das weitgehend an dem Versagen der Schuldnerländer, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und ihre eigenen Entwicklungsressourcen sowie ihr heimisches Potential zu nutzen« (Ferrer 1985, S. 85).

Die argentinischen Akteure im Verschuldungsgeschäft

Worin also besteht die Verantwortlichkeit Argentiniens für seine Schuldenkrise und wer sind die entscheidenden Akteure dabei?

G. Simon beschreibt, wie der Wirtschaftsminister der Militärregierung Videlas, Martínez de Hoz, in einer ersten Phase zwischen 1978 und 1980 mit Hilfe der systematischen Überbewertung des Peso und staatlich garantierter Wechselkurse, im Zusammenspiel mit hohen Zinsen, die private Auslandsverschuldung betreibt und ermöglicht, während er in der zweiten Phase (1980-81) die öffentliche Verschuldung forciert, um damit die private Kapitalflucht ins Ausland zu finanzieren (Simon 1986, S. 76-78; Schwarzer 1983, S. 60-65). Mit der Person Martínez de Hoz sowie den Mitgliedern seines Wirtschaftskabinetts wurde die Verschuldungspolitik direkt von einigen Repräsentanten der argentinischen Finanzoligarchie, der »patria financiera«, betrieben, die damit ganz direkt und gezielt ihre eigene Interessenpolitik verfolgte: 30 Unternehmen und 13 Banken, die zu den großen nationalen Finanzgruppen gehören, vereinigten über die Hälfte der privaten und später verstaatlichten Schulden auf sich (Schwarzer 1983, S. 67).

Nicht das *Land* Argentiniens trifft somit die direkte Verantwortung für die Verschuldung, sondern eben diese Finanzgruppen und ihre politischen Repräsentanten, die ohne Rücksicht auf das Land in die eigenen Taschen und später auf die eigenen Auslandskonten und -anlagebereiche gewirtschaftet haben. Es ist unzweifelhaft, daß ohne den internationalen Kontext diese spekulative Bereicherungsstrategie nicht möglich gewesen wäre und die gegenwärtige Verschuldung des Landes niemals auch nur annähernd solche dramatischen Ausmaße erreicht hätte. Der Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern, v.a. Brasilien, macht jedoch deutlich, daß der internationale Zusammenhang keinen unausweichlichen und linearen Systemzwang darstellt, sondern daß es die konkrete Interessenlage und -politik der jeweils herrschenden Klasse und ihres Staates ist, die letztlich für Ausmaß und Form der Verschuldung zuständig ist. Von einem willenlosen »Werkzeug« in den Händen imperialistischer Akteure kann somit nicht die Rede sein. Angesichts der ungeheuren Gewinne, die die Verschuldungsstrategie Martínez de Hoz für die »patria financiera« gebracht hat, und angesichts der Tatsache, daß weit über die Hälfte der gesamten argentinischen Auslandsschuld wertmäßig durch argentinische Auslandsguthaben gedeckt ist, handelt es sich bei der Verschuldung nicht primär um die Ausbeutung des *Landes* Argentiniens durch das internationale Finanzkapital. Ohne daß geleugnet werden soll, daß auch ausländische Banken kräftig am Verschuldungsgeschäft partizipiert haben, läßt sich jedoch zweifelsfrei sagen, daß dieses in erster Linie ein gigantischer Umverteilungs-

hebel von der argentinischen Bevölkerungsmehrheit zu den argentinischen Finanzgruppen gewesen ist. Dasselbe gilt übrigens offensichtlich auch für die De-Industrialisierungspolitik der Militärregierung: Außenhandelsliberalismus, überbewertete Währung und hohe Zinsen haben u.a. die traditionelle Industrie, darunter mehrheitlich kleine und mittlere Unternehmen, in die Krise getrieben, während gleichzeitig – z.T. verbunden mit staatlich subventionierten regionalen Verlagerungsprozessen – Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse von Industriekapital bei den großen Finanz- und Industrieimperien, den sog. »capitanes de la industria« gelaufen sind. Die Verschuldungsproblematik ist somit in erster Linie ein Problem der internen Macht- und Verteilungsverhältnisse. Dieses innenpolitische Machtproblem – und nicht so sehr eine als makroökonomische Größe gemessene Verschuldung – stellt das eigentlich schwerwiegende Erbe dar, welches die demokratische Regierung Alfonsíns nach dem Rückzug der Militärs angetreten hat.

Dimensionen der Verschuldung

Natürlich bedeuten die durch hohen Schuldendienst und geringe Neukapitalzuflüsse bedingten Nettokapitalabflüsse eine erhebliche Begrenzung der finanziellen Umverteilungsspielräume. So lag der Nettokapitaltransfer für den Drei-Jahreszeitraum 1984-86 bei etwa 5,7 Mrd. US\$ (Secretaría de Hazienda, S. 26) – bei gleichzeitigem Anwachsen der Gesamtverschuldung von 48 auf 55 Mrd. US\$. Diese permanenten Ressourcenabflüsse führen – zumal angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation – zur progressiven Erosion der produktiven Basis der Gesellschaft. Der Verfall der Weltmarktpreise für die argentinischen Exportprodukte (die Secretaría de Hazienda schätzt den dadurch bedingten Einkommensverlust für 1985-87 auf 7-13 Mrd. US\$) machte das Problem des Devisenabflusses für den Schuldendienst um so gravierender: 1986 lag die Schuldendienstquote (Anteil der Zinsen an den Exporterlösen) bei 61% (Secr. de Hazienda, S. 26). Zur Bedienung der Schulden notwendige Außenhandelsüberschüsse wurden in den letzten Jahren nur durch Importbegrenzungen erzielt. Mit diesen Überschüssen konnte jeweils nur etwa gut die Hälfte der fälligen Zinsen bezahlt werden; der Rest mußte durch beständige Weiterverschuldung finanziert werden. Während also die Verschuldung unter der Militärdiktatur rein spekulative Gründe hatte, dient sie unter der demokratischen Regierung ausschließlich der Finanzierung der Zinsleistungen und damit des Erbes der Diktatur.

Aber der Schuldendienst belastet nicht nur die Zahlungsbilanz. Da das Gros der Auslandverschuldung vom Staat übernommen wurde, stellt er u.a. auch eine entscheidende Belastung des Haushalts dar.² Die für verteilungspolitische Zielsetzung überhaupt infrage kommenden finanziellen Spielräume des Staates werden damit erheblich eingeschränkt. Ebenso begrenzt sind aber auch die Möglichkeiten einer Reduzierung des Haushaltsdefizits – die traditionelle Forderung des IWF.

Verschuldung und Demokratie

Insgesamt kann man somit schlußfolgern, daß ein Schuldenmanagement, in dessen Ergebnis es zu realen Ressourcenabflüssen kommt, mit Demokratisierung grundsätzlich inkompatibel ist – jedenfalls sofern man darunter auch die sozialökonomische Verwurzelung parlamentarisch-demokratischer Institutionen versteht und nicht lediglich die repressive Legitimation von Herrschaft. Da Nettokapitalabflüsse immer eine »Allokationsentscheidung« zu Gunsten des Schuldendienstes und zu Ungunsten von produktiven Investitionen und Konsum darstellen (Ferrer), sind sie auch Ausdruck einer verteilungspolitischen Entscheidung im Sinne erhöhter Einkommenskonzentration. Umgekehrt hat eine dezidierte Haltung gegenüber den Gläubigern bestimmte innenpolitische Voraussetzungen und läuft aufgrund ihrer verteilungspolitischen Implikationen automatisch auf eine direkte Konfrontation mit den internen Machtgruppen hinaus. Verteilungspolitische Spielräume der Regierung sind somit nicht in erster Linie durch den makroökonomischen Faktor des Ressourcenabflusses sondern durch innenpolitische Machtgrenzen eingeschränkt; die Frage, ob die Regierung fähig ist, gegebene Spielräume im Bereich der Auslandsverschuldung auszunutzen oder zu erweitern, bzw. ob sie hier noch Terrain abgibt, ist auch die Frage, mit welchem Erfolg sie in der Lage ist, diese inneren Machtgrenzen in ihrem Sinne auszuweiten. Das Einschwenken der demokratischen argentinischen Regierung auf traditionelle Umschuldungsverhandlungen seit der zweiten Hälfte des Jahres 1984 und die mit dem IWF abgestimmte Stabilisierungspolitik des Plan Austral ist daher nicht nur eine »Kapitulation vor den Gläubigern« (Simon 1986), sondern mindestens ebenso die Kapitulation der demokratischen Regierung und ihrer verteilungspolitischen Zielsetzung vor der herrschenden Finanzoligarchie: Diese konnte an einem konfliktiven Kurs in der Schuldenpolitik grundsätzlich schon deswegen kein Interesse haben, weil im Fall von Sanktionen seitens der Gläubiger auch das Fluchtkapital hätte berührt werden können.

Wie kam es aber zu dieser innenpolitischen Kapitulation in der Verschuldungsfrage und welches ist das Ergebnis?

Das Schuldenmanagement des Kabinetts Grinspun

Fest steht, daß die Regierung Alfonsín bei ihrem Amtsantritt im Dezember 1983 bezüglich der Schuldenproblematik einer weitgehenden Fehlperzeption unterlag: weder war ihr in ausreichendem Maße klar, wer die Finanzgruppen im einzelnen waren und welchen Machtfaktor sie inzwischen darstellten, noch hatte sie einen realistischen Begriff von Umfang und Modus der Kapitalflucht sowie von dem zu erwartenden Verhalten der Gläubiger. So hatte man zum einen gehofft, die Demokratisierung als entscheidendes Argument in die Waagschale bei den Schuldverhandlungen werfen zu können und über die »Solidarität der Demokraten« zu einem weichen Gläubigerverhalten und günstigen Refinanzierungskonditionen zu gelangen. Darüber hin-

aus glaubte man, den Gläubigern demonstrieren zu können, daß das Land seine Anpassungsleistung bereits erbracht habe und es daher unmöglich sei, auf dem Weg der traditionellen Orthodoxie weiterzugehen. Wie sich in den nächsten Monaten herausstellte, gingen beide Rechnungen nicht auf. Daneben aber war man davon ausgegangen, nachweisen zu können, daß die Verschuldung, da sie ja eben nicht aus den Erfordernissen nationaler Entwicklung entstanden, sondern rein spekulativ zustande gekommen war, zu weiten Teilen »illegitim« sei, so daß von der neuen Regierung die Verantwortung nur für den »legitimen« Teil der Schulden zu übernehmen sei und sich daher auch nur auf diesen die Notwendigkeit der Refinanzierung erstreckte (Schwarzer 1985, S. 5 f.). Einige Schätzungen, die zu dieser Zeit angestellt wurden, bezifferten den Anteil der »illegitimen« an der Gesamtschuld auf 40 bis 50%. Von der Regierung initiierte Untersuchungen über den Ursprung der Schulden führten jedoch zu keinem Ergebnis. Denn abgesehen von kleineren Unregelmäßigkeiten war der Verschuldungsprozeß formal legal verlaufen: Die Militärregierung hatte Devisenkredite auf den internationalen Finanzmärkten aufgenommen, um anschließend diese Devisen an die lokalen Wechselstuben und Banken zu verkaufen, die sie ihrerseits an ihre Privatkunden weiterverkauften. Damit verlor sich die Spur. Am Ende wies die Zahlungsbilanz lediglich einen Gesamtbetrag von über 22 Mrd. US\$ aus, die »ungerechtfertigt« abgeflossen waren. Der andere Weg, wenigstens einen Teil der Schulden über die Kontrolle der Unternehmensbilanzen zurückzuverfolgen, wurde (vordergründig wegen Datenschutzbestimmungen bei den Steuerbehörden) nicht eingeschlagen; dahinter stand aber de facto der mangelnde politische Wille, sich ernsthaft mit den entsprechenden Unternehmergruppen anzulegen.

Die Realität, vor der die Regierung bei ihrem Amtsantritt stand, sah so aus: Die Devisenreserven waren nahezu vollständig verbraucht. Die wegen der unklaren Situation zwischen den Wahlen im September und der Regierungsübernahme im Dezember 1983 suspendierten Refinanzierungsverhandlungen hatten dazu geführt, daß am 10. Dezember Zahlungsrückstände über 3,2 Mrd. US\$ aufgelaufen waren. Die für 1984 anstehenden Fälligkeiten lagen bei über 20 Mrd. US\$.

Aufgrund der genannten Fehlperzeption handelte das neue Wirtschaftskabinett Grinspuns zunächst unter der angenommenen Voraussetzung eines relativ großen Spielraums: Zunächst wurden die Gläubiger um eine Frist bis zum 30. Juni 1984 für die Überprüfung des Umfangs der Schulden und die Erarbeitung eines Vorschlags für den Zahlungsmodus gebeten. Dieses wurde allgemein als einseitiges Moratorium verstanden und von den Gläubigern mit äußerstem Mißtrauen aufgenommen. Da die Regierung überdies, angesichts ihrer verteilungspolitischen Zielsetzungen und des von ihr geleisteten Versprechens von Realloohnerhöhungen, ein Abkommen mit dem IWF vermeiden wollte und daher zu direkten Umschuldungsverhandlungen mit den Banken und dem Pariser Club zu gelangen suchte, reagierten letztere mit Ablehnung und bestanden auf dem vorherigen Abkommen mit dem IWF. Als dann auch noch in den ersten Monaten des Jahres 1984 – konjunkturbedingt – relativ hohe Devisenerlöse für die argentinischen Exporte ins Land strömten, was angesichts des de facto Moratoriums die Anhäufung beträchtlicher Reserven ermöglichte, erregte dies in internationa-

len Finanzkreisen den Verdacht, Argentinien bereite sich auf eine harte Auseinandersetzung vor. In »Business Week« vom 6. Februar 1984 z.B. wurde spekuliert, daß Argentinien mit Hilfe dieser Reserven und aufgrund seiner Eigenversorgungskapazität mit Energie und Nahrungsmitteln längerfristige Konflikte überstehen könnte. Interessant ist aber in unserem Zusammenhang vor allem die Tatsache, daß dies in Argentinien selbst eine heftige öffentliche Diskussion über die Frage auslöste, ob die Schulden bezahlt werden sollten oder nicht, bzw. welche Konsequenzen das jeweils haben würde. Die politische Rechte attackierte aufs schärfste die Möglichkeit einer Zahlungsverweigerung und Außenabschottung der Wirtschaft und malte die Gefahr eines Abgleitens in die Dritte Welt bzw. in die Arme der Sowjetunion an die Wand. Die Peronisten, die grundsätzlich eher für ein Moratorium votierten, beschränkten sich in dieser Auseinandersetzung v.a. darauf, die Glaubwürdigkeit der Regierung in Frage zu stellen. Die dezidierteste Position im nationalen Sinne wurde von Aldo Ferrer, dem Präsidenten des Banco de la Provincia de Buenos Aires, vertreten, welcher vorschlug, den Schuldendienst nicht über die 15 % der Exporterlöse hinaus steigen zu lassen, sich darin aber als pünktlicher Zahler zu erweisen und im übrigen möglichen Sanktionen seitens der Gläubiger durch eine entschlossene Importsubstitutionspolitik zu begegnen.

Der ganzen Debatte nahm Grinspun schließlich den Wind aus den Segeln, indem er verlauten ließ, die angehäuften Devisenreserven dürften zu keinerlei Spekulation Anlaß geben. D.h. statt hier eine eindeutige Position zu beziehen, lavierte die Regierung herum und hielt sich aus der eigentlichen politischen Diskussion zur Verschuldungsfrage weitgehend heraus. Wenig später griff die Rechte erneut die Debatte auf, indem sie ein von renommierten liberalen Wirtschaftswissenschaftlern, darunter die ehem. Wirtschaftsminister Krieger Vasena und Roberto Aleman, verfaßtes Dokument veröffentlichten, mit welchem nachgewiesen werden sollte, daß das Abkommen mit dem IWF und die Umschuldung der für 1984/85 anstehenden Fälligkeiten unabdingbar seien. Von da an wurde die Notwendigkeit des Abkommens mit dem IWF mit schöner Regelmäßigkeit von der Tagespresse betont. Im April kam es auf Verlangen der peronistischen Fraktion in beiden Kammern des Parlaments zu einer Befragung Grinspuns zur Verschuldungsproblematik, als deren wesentliches Ergebnis die peronistischen Abgeordneten bilanzierten, die Regierung habe keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die für die 30 Mrd. US\$ Fluchtkapital Verantwortlichen ausfindig zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Parallel zu diesen Auseinandersetzungen um die Verschuldungsfrage liefen die Kontroversen um den expansiven verteilungspolitischen Kurs des Kabinetts Grinspun. Die wirtschaftspolitischen Ziele Grinspuns waren im wesentlichen die Anhebung der Reallöhne, Reaktivierung der Wirtschaft und Begrenzung der Inflation. Wirtschaftliche Schlüsselvariablen wie Löhne und Preise, regulierte Zinsraten und Wechselkurse sollten dabei den erwarteten Inflationsraten angepaßt werden. Die Reallöhne, die unter der Militärdiktatur vollständig verfallen waren, sollten bis Ende 1984 um 6-8 % angehoben werden. Bereits im Dezember 1983 wurden die Mindestlöhne um ca. 55 % und die Durchschnittslöhne um 17 % erhöht (International Monetary Fund 1984)

und sollten danach laufend den erwarteten monatlichen Inflationsraten angepaßt werden. Da die Inflation dann de facto sehr viel schneller wuchs, wurden zunächst auch noch weitere nachträgliche Anpassungen vorgenommen. Die Reaktivierung der Wirtschaft sollte v.a. über Nachfrageausweitung via Realloohnerhöhungen sowie durch erhöhte staatliche Sozialleistungen ermöglicht werden. Daneben sollten über niedrige bzw. negative Realzinsen produktive Investitionen angereizt werden.

Die Inflationsbekämpfung sollte in erster Linie über Preiskontrollen erfolgen. So erließ die Regierung im Dezember 1983 einen 40-tägigen Preisstopp, von dem etwa 700 Unternehmen und etwa 70 Konsumartikel betroffen waren. Für die Genehmigung von Preiserhöhungen war danach der Nachweis erhöhter Produktionskosten notwendig, wobei im Falle von Lohnkosten nur die staatlich dekretierten Lohnerhöhungen und im Falle finanzieller Kosten nur die regulierten Zinssätze geltend gemacht werden durften. Im Juni 1984 wurden dann für etwa 30 Artikel Höchstpreise eingeführt. Das Haushaltsdefizit sollte v.a. über erhöhte Steuereinnahmen (Erhöhung verschiedener Einzelsteuern sowie das erhoffte Ergebnis einer Steueramnestie) und die Kürzung einiger Investitionsausgaben sowie der Verteidigungsausgaben reduziert werden, während die Gehälter im öffentlichen Dienst ebenso wie im privaten Sektor angehoben und die Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Sozialleistungen ausgedehnt werden sollten.

Im Ergebnis gelang es mit diesen Instrumenten nicht, das Investitionswachstum in Gang zu setzen; das nachfrageinduzierte Wachstum der ersten Jahreshälfte 1984 kam gegen Jahresende wieder zum Stillstand. Die gestiegene Nachfrage wurde von den Unternehmern weitestgehend nicht mit einer Angebotsausweitung beantwortet, sondern über Preiserhöhungen abgeschöpft. Die Inflationsraten, die schon aufgrund des Indexierungssystems beträchtlich waren, zogen weiter an: die Jahresrate für 1984 lag bei ca. 680 %.

Die wachsenden Inflationsraten wurden dann aber zu dem entscheidenden innenpolitischen Argument für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem IWF. Anfang Juni tat die Regierung den ersten Schritt auf den IWF zu, indem sie eine »letter of intent« verabschiedete, die zunächst dem Kongreß vorgelegt und erst dann dem IWF präsentiert werden sollte. Damit verstärkten sich jedoch die Spannungen auf dem Feld der internationalen Verhandlungen. Denn weder entsprach die Form dieses Vorgangs als einseitige, ohne vorherige Absprache mit dem Fonds erfolgte Übergabe der »letter of intent« den internationalen Gepflogenheiten, noch war ihr Inhalt konform mit der üblichen Orthodoxie der IWF-Auflagen. So sah sie u.a. einen Link zwischen Schuldendienst und Exporterlösen vor (ohne diesen allerdings zu quantifizieren); sie forderte eine Senkung der Zinsen und Ausdehnung der Fristen, die mit nationalen Wachstumszielen vereinbar wären, sowie die 6-8%ige Anhebung der Reallöhne für 1984; das Haushaltsdefizit sollte bei 9,4 % des BIP belassen und 1985 nur leicht auf 8,2 % gesenkt werden.

Die Spannungen verstärkten sich vor dem Hintergrund der Konferenz von Cartagena, mit der – wie real auch immer – die Möglichkeit eines Schuldnerkartells ins Blickfeld rückte: Das US-Finanzministerium verweigerte die Verlängerung eines Über-

brückungskredits, die Banken gingen zur täglichen Refinanzierung der fälligen Kredite über. Spätestens Ende Juni war der Versuch einer Ausweitung der Verhandlungsspielräume gegenüber dem IWF endgültig gescheitert. Von da an ging es nur noch um den Modus der Kapitulation, die schließlich Ende Dezember mit der Unterzeichnung einer neuen »letter of intent« mit dem IWF perfekt war. Schon im September war ein Memorandum mit dem Fonds unterzeichnet worden, das u.a. die Senkung der Inflation auf 300 % für 1985 vorsah, Senkung der Produktionskosten einschl. der Löhne, Lockerung der Preiskontrollen, Senkung des Haushaltsdefizits auf 5,1 % v.a. über die Anhebung der öffentlichen Tarife, sowie die Abwertung der Währung. Dies ermöglichte Anfang Dezember den Abschluß eines Refinanzierungsabkommens mit den Banken über insgesamt 4,2 Mrd. US\$ sowie eine Neukreditzusage über 1,27 Mrd. US\$ seitens der Gläubigerstaaten und des IWF.

Während die Unternehmer und die politische Rechte das Abkommen begrüßten, wurde es von der peronistischen Opposition als Neuauflage der traditionellen Anpassungskonzepte à la Martínez de Hoz und als geeignetes Instrument für die Vertiefung der Abhängigkeit abgelehnt.

Die Gläubigerbanken verhielten sich weiterhin abwartend, da sie – zu Recht – die Fähigkeit der Regierung zur Umsetzung der mit dem IWF vereinbarten Maßnahmen bezweifelten. Die Preise stiegen im Januar 1985 – z.T. bedingt durch die Abwertung und die Anhebung der Tarife – weiter. Im Februar stellte eine IWF-Delegation offiziell fest, daß die vereinbarten Ziele nicht erreicht worden seien. Wenig später traten Wirtschaftsminister Grinspun und Zentralbankpräsident García Vázquez zurück.

Die »Washington Post« hatte die Kapitulation der argentinischen Regierung bereits anlässlich des Refinanzierungsabkommens vom Dezember kommentiert:

»Alfonsín bittet um ausländische Hilfe, um die Demokratie in Argentinien zu retten, weil er nicht in der Lage ist, die Argentinier davon zu überzeugen, daß sie für ihre Demokratie selbst aufkommen müssen; für diejenigen, die ihr Vermögen im Ausland halten, ist ihre finanzielle Sicherheit nämlich wichtiger als politische Freiheit.«

Grinspun selbst formulierte bei seinem Rücktritt:

»Innerhalb der Regierung gibt es nebeneinander zwei antagonistische politische Projekte: das eine zielt auf ein geschrumpftes Land, während es bei dem anderen um die Realisierung des Landes geht.«

Der »Ambito Financiero«, das große liberale argentinische Wirtschaftsblatt, drückt es so aus: »Der Präsident befand sich zwischen zwei Feuern, wobei Grinspun und Varcía Vázquez absolut entgegengesetzte Positionen vertraten.«

So kann man schlußfolgern, daß der Kniefall vor dem IWF nur der äußere Ausdruck für die Entscheidung eines innenpolitischen Machtkampfes war, der sowohl innerhalb der Regierung, als auch gesamtgesellschaftlich stattgefunden hatte und als dessen Ergebnis die expansionsorientierte gegenüber der orthodoxen stabilisierungspolitischen Position unterlegen war bzw. bei dem sich die »patria financiera« eindeutig als die gesellschaftlich herrschende Kraft erwiesen hatte. Die Frage, die sich hier stellt, ist, ob der expansive und auf dem internationalen Feld der Umschuldungen konfliktive Kurs überhaupt jemals eine reelle Chance gehabt hat, oder ob nicht bei der Regierungsübernahme im Dezember 1983 die internen Machtverhältnisse so eindeu-

tig und die Interessenliason der lokalen Machtgruppen mit den Akteuren der internationalen Finanzszene so übermächtig war, daß eine dezidierte nationale Position in der Schuldenfrage von vornherein eine Illusion und daher zum Scheitern verurteilt war.

Die Versäumnisse der Regierung sind ziemlich klar: Der traditionelle Keynesianismus Grinspuns war angesichts der weitgehenden Internationalisierung und Dollarisierung der argentinischen Ökonomie längst zum Anachronismus geworden. Die Regierung hätte eine viel gezieltere Aufklärungspolitik hinsichtlich der Kompromittierung der Finanzgruppen mit der Militärdiktatur und mit der Kapitalflucht betreiben müssen. Sie hätte sehr viel offensiver die Verbindung von Schuldendienst und finanzkapitalistischem Interesse aufzeigen und dabei v.a. solche Ansätze wie den von Ferrer in die Diskussion einbeziehen müssen. V.a. aber hätte sie sich eine starke politische Basis für eine expansive Umverteilungspolitik schaffen müssen und sich nicht auf ihrer absoluten Mehrheit bei den Wahlen vom September 1983 ausruhen dürfen. Statt sich mit den Gewerkschaften anzulegen³, hätte sie diese zu Bündnispartnern machen sollen. Auch mit Teilen des politischen Peronismus hätte sie zumindest partielle Allianzen bilden können. Kurz: Sie hätte das versuchen sollen, was Ferrer als einzig mögliche Strategie in der Verschuldungsfrage bezeichnet: Sie hätte die Demokratisierung vorantreiben müssen:

»Die einzig realistische Antwort ist die Vertiefung demokratischer Mechanismen, in deren Kontext die Auslandsverschuldung nur als eine der zahlreichen Herausforderungen, mit denen Schuldnerländer konfrontiert sind, behandelt wird« (Ferrer 1985, S. 85).

Stattdessen ist sie genau in die Falle getappt, vor der Ferrer warnte: statt die innenpolitische Auseinandersetzung zu wagen, hat sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nach außen gelenkt auf das Gerangel bei den internationalen Verhandlungen und sich damit in eine schier ausweglose Situation hineinmanövriert:

»Die Probleme zu verleugnen, heißt, ihre Lösung aufzuschieben und sie damit noch weiter zu verschärfen – in diesem Falle bedeutet dies zunehmende Rezession, Arbeitslosigkeit und Verarmung in weiten Sektoren der lateinamerikanischen Gesellschaften. Die Schuldnerländer können diese Realitäten nicht länger verleugnen, indem sie weiterhin in New York, Washington oder Paris darüber diskutieren, welche Wirtschaftspolitiken zu verfolgen sind, indem sie Verantwortlichkeiten an diese Verhandlungsforen delegieren, die ihnen selbst zukommen. Da es überdies schwierig ist, eine irgendwie geartete Ordnung in die heimischen Probleme zu bringen, treten die lateinamerikanischen Staaten unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen in die internationalen Verhandlungen ein. Die Programme, die ihre eigenen verfügbaren Ressourcen vermindern, sind nur dazu angetan, ihre heimische Situation weiter zu verkomplizieren« (Ferrer 1985, S. 85).

Mit ihrer unentschlossenen innenpolitischen Haltung und der Verzögerungstaktik bei den Schuldenverhandlungen hat die Regierung der Finanzoligarchie die notwendige Zeit gegeben, das traditionelle Instrument der Umverteilung und das für den IWF entscheidende Argument zu reaktivieren: die Inflation. Inflation ist – und das gilt ganz besonders für Argentinien – nie ein rein technisch-ökonomisches, sondern immer ein eminent politisches Problem: angesichts unklarer Hegemonialverhältnisse und einer hochmonopolisierten Wirtschaftsstruktur war die Inflation der entscheidende Hebel, mit dem die Oligarchie direkt politisch nicht durchsetzbare Verteilungsentscheidun-

gen zu ihren Gunsten herbei führen konnte. Expansive Politiken, die nicht an umfassendere politische Maßnahmen gekoppelt waren, wurden so regelmäßig unterlaufen. Die Inflation des Jahres 1984 war damit zum einen das Instrument, die von Grinspun intendierte Umverteilung rückgängig zu machen. Zum anderen war sie ein wirksamer Mechanismus der politischen Destabilisierung der Regierung und lieferte damit das Argument für die Unmöglichkeit einer unabhängigen, an nationalen Prioritäten orientierten Politik und für die Notwendigkeit einer Unterwerfung unter das Diktat des IWF.⁴ Mit dem Explodieren der Inflationsraten wurden aber die notwendigen Anpassungslasten immer härter, die Eingriffe von außen immer gravierender.

Wie bereits bemerkt, ist dieses zögerliche, unklare und widersprüchliche Vorgehen u. a. auf beträchtliche Gegensätze innerhalb der Regierung selbst zurückzuführen. Diese heterogene Zusammensetzung des Kabinetts ist aber damit ihrerseits auch Ausdruck des mangelnden politischen Willens bei den Entscheidungsträgern, eine grundlegende Veränderung der Machtstrukturen herbeizuführen und auf diese Weise überhaupt erst die Verankerung der Demokratie zu ermöglichen.

Schuldenmanagement und Stabilisierungspolitik: Der Plan Austral

Das neue Wirtschaftskabinett Sourouilles, der im Februar 1985 sein Amt als Minister antrat, sah sich angesichts der Gefahr einer Hyperinflation und des wachsenden Drucks der Gläubiger vor die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung gestellt. Nachdem die Verhandlungen in einer Übergangszeit so schleppend wie bisher fortgesetzt worden waren und nachdem ein erneutes Abkommen mit dem IWF zustande gekommen war, veröffentlichte die Regierung am 14. Juni auf überraschende Weise den »Plan Austral«, der, damit die vorgesehene Schocktherapie voll zur Wirkung kommen konnte, bis dahin geheim gehalten worden war. Obwohl die in ihm vorgesehenen drastischen Maßnahmen der Inflationsbekämpfung von der traditionellen Orthodoxie abwichen, gab der IWF seine Zustimmung. Damit war der Weg freigegeben für Umschuldungsverhandlungen, die im August stattfanden. Neben der definitiven Zusage der bereits im Vorjahr vereinbarten 4,2 Mrd. US\$ gelang jetzt eine umfassende Refinanzierung der zwischen 1982 und 1985 aufgelaufenen Fälligkeiten über insges. 14 Mrd. US\$. Im November wurden die Verhandlungen über die nach 1985 anstehenden Fälligkeiten aufgenommen.

Der Plan Austral war in einigen Grundzügen bereits im Januar durch die Veröffentlichung eines Dokuments, der »Lineamientos de una estrategia para el crecimiento económico 1985-89«, vorbereitet worden, welches von dem späteren Minister Sourouille und einigen Mitgliedern seines Kabinetts verfaßt worden war. Ausgangspunkt in der Argumentation für den vorgeschlagenen Entwicklungsplan war die These von der Notwendigkeit des Schuldendienstes, wofür die Drosselung des internen Konsums und die Senkung des relativen Anteils der Reallöhne für unerlässlich erachtet wurden. Adolfo Canitrot, Mitverfasser der »Lineamientos«, hatte bereits in mehreren Veröffentlichungen auf den engen Zusammenhang zwischen Handelsbilanzsaldo

und Reallöhnen hingewiesen, wobei ein Handelsbilanzüberschuß als Funktion einer umgekehrten Reallohnentwicklung verstanden wurde.

Oberstes Ziel des Plan Austral selbst war dann v. a. die Vermeidung der Hyperinflation, um die historische Erfahrung des Jahres 1975 nicht zu wiederholen, als im Gefolge des sog. »Rodrigazo«⁵ die Hyperinflation zur vollständigen politischen Destabilisierung geführt und damit den Boden für den Militärputsch vom März 1976 bereitet hatte. In der Inflationsbekämpfung ging der Plan Austral weiter als das IWF-Programm: während dieses die graduelle Absenkung der Inflationsrate von 40 % im Juni 1985 auf 8 % im März 1986 vorgesehen hatte, zielte der Plan Austral auf die sofortige schockartige Senkung der Inflation auf Null. Durch die Aufhebung des Indexierungssystems sollte die Eigendynamik der Inflation durchbrochen werden. Ein weiteres Ziel war die Ordnung der öffentlichen Finanzen, um die Stabilisierung des Systems der relativen Preise und die Remonetarisierung der Wirtschaft zu erreichen und die Regulierungskapazität des Staates im Bereich der Geld- und Fiskalpolitik zu verbessern.

Im einzelnen umfaßte der Plan Augstral folgende Maßnahmen:

1. Einfrieren (Congelamiento) von Löhnen, Preisen und Tarifen für öffentliche Dienste auf unbestimmte Zeit. Damit das funktionieren konnte, mußte das Gefüge der relativen Preise einigermaßen realistisch sein, d.h. den realen Machtverhältnissen entsprechen, so daß auf diesem Niveau eine gegebene Struktur der Einkommensverteilung festgeschrieben wurde. Zu diesem Zwecke waren bereits vorher die öffentlichen Tarife und Brennstoffpreise angehoben worden. Die Währung wurde um 18 % abgewertet. Fleisch- u. a. Nahrungsmittelpreise wurden vorübergehend freigegeben, so daß sie noch erheblich anziehen konnten. Die Löhne wurden Ende des Monats um 22,6 % angehoben (Rozenwurcel 1986, S. 7). Außerdem wurden die Zinssätze auf zunächst monatlich 4 % (passiv) bzw. 6 % (aktiv) und später auf 3,5 % bzw. 5 % abgesenkt, was bei einer angestrebten Inflationsrate von Null ziemlich hohe Realzinsen bedeutet hätte.

2. Währungsreform und Einführung des »Austral«, der mit einer Parität von 1:1000 zum alten Peso festgelegt wurde. Der Wechselkurs zum Dollar wurde bei 0,80 Australes pro Dollar fixiert. Für Verbindlichkeiten, die vor dem 15. Juni in Pesos eingegangen waren, wurde eine Konversionsskala zwischen Peso und Austral festgelegt, welche die tägliche Wertminderung des Peso gegenüber dem Austral vorsah, um auf diese Weise eine durch hohe Realzinsen bedingte Umverteilung zwischen Kreditnehmern und Gläubigern zu verhindern.

3. Reduzierung des Haushaltsdefizits auf 2,5 % des BIP für die zweite Jahreshälfte 1985 (gegenüber 11,5 % für 1984) und Verzicht des Staates auf Defizitfinanzierung über Emission. Vielmehr sollte das verbleibende Haushaltsdefizit ausschließlich über Auslandskredite finanziert werden und das Wachstum der umlaufenden Geldmenge sollte direkt an das Wachstum der internationalen Reserven gekoppelt werden (Rozenwurcel 1986, S. 6 f.). Die Reduzierung des Haushaltsdefizits sollte über die Erhöhung der öffentlichen Tarife sowie der Außenhandels- und Brennstoffsteuern und über die Einführung einer Zwangsanleihe für höhere Einkommensempfänger erfol-

gen. Weiterhin ging man davon aus, daß der Inflationsstop die bisherige inflationsbedingte Erosion der Staatseinnahmen bremsen und damit auch zu ihrer Erhöhung beitragen würde. Öffentliche Investitionen und die im öffentlichen Dienst gezahlten Löhne und Gehälter waren schon vorher gekürzt worden und sollten auch auf absehbare Zeit nicht wieder angehoben werden (Heymann 1987, S. 285).

In verteilungspolitischer Hinsicht bedeutete der Plan Austral zunächst einmal, daß die gegebenen Verteilungsverhältnisse festgeschrieben wurden und daß auf dieser Grundlage – v. a. durch die Währungsreform und die Einführung der neuen Währung »Austral« – ein v. a. psychologischer Neuanfang versucht werden sollte. Es drückte sich darin das offizielle Eingeständnis aus, daß die Regierung mit ihren verteilungspolitischen Ambitionen gescheitert war und daß – um Schlimmeres, d. h. wachsende inflationsbedingte Einkommenskonzentration – zu verhindern, die gegebenen Machtverhältnisse, die vorher falsch eingeschätzt worden waren, als Vorbedingungen für langfristige wirtschaftliche Stabilisierung anzuerkennen waren. Gleichzeitig aber drückte sich in der Art und Weise, wie der Plan eingeführt worden war, auch das Eingeständnis eines zumindest partiellen Scheiterns weitergehender Demokratisierungsvorstellungen aus: der Konsens über die zu verfolgende Verteilungspolitik war nicht Ergebnis einer breiten demokratischen Diskussion, sondern einer Überraschungsaktion, wobei man sicher davon ausgehen kann, daß hinter den Kulissen die geplanten Maßnahmen mit den Repräsentanten der Oligarchie abgestimmt waren. Im Endeffekt konnte jedoch ein – zumindest vorübergehender – Konsens hergestellt werden, welcher sich in der breiten Zustimmung der Bevölkerung zum Plan Austral ausdrückte. Diese Zustimmung beweisen u. a. verschiedene Meinungsumfragen, nach denen die Popularität von Alfonsín und Sourouille nach der Verabschiedung des Plan Austral erheblich angestiegen ist.⁶ Der erste praktische Test für die Konsensfähigkeit des Plan Austral war dann die Wiedereröffnung der Banken am 19. Juni: 80 % der Bankeinlagen wurden sofort in Australes umgewandelt (Ehrke 1985, S. 7). Die Unternehmensverbände und konservativen Politiker stimmten in öffentlichen Stellungnahmen im großen und ganzen dem Plan zu. Kritik wurde v. a. seitens des Industriellenverbandes UIA an den absehbaren rezessiven Konsequenzen geübt sowie von Seiten der konservativen Partei UCD an den dirigistischen Elementen, insbes. der Zwangsanleihe (Ehrke 1985, S. 8). Der politische Peronismus und die Gewerkschaften reagierten mit spontaner Ablehnung. Angesichts der Popularität des Plan Austral differenzierte sich die peronistische Position im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 3. November. Aufgrund ihres inneren desolaten Zustandes schafften es die Peronisten nicht, eine einheitliche Position und damit eine wählbare Alternative zur Regierungspartei UCR zu entwickeln. So variierten sie zwischen totaler Zustimmung und ebenso totaler Ablehnung. Hauptkritikpunkte waren das Fehlen eines Reaktivierungsprogramms, der antinationale Charakter und die Nähe zum IWF, das Einfrieren der Verteilungsverhältnisse zu einem Zeitpunkt, wo die Löhne im Rückstand waren sowie die Tatsache, daß so weitreichende Maßnahmen wie eine Währungsreform nicht von der einzig dafür legitimierten Instanz, dem Parlament, beschlossen worden waren. Auch die Gewerkschaften hatten keine einheitliche Position: während die orthodoxen

Gruppierungen sich ablehnend verhielten, stimmte die reformorientierte »Gruppe der 25« dem Plan Austral weitgehend zu (Ehrke 1985, S. 10).

Der insgesamt für argentinische Verhältnisse ungewöhnlich hohe Konsens verschaffte der Regierung plötzlich einen relativ großen Handlungsspielraum gegenüber den ausländischen Gläubigern; er war entscheidend für die Zustimmung des IWF. Die Abweichungen des Plan Austral von der traditionellen IWF-Orthodoxie, seine sog. »Heterodoxie«, ist zwar v. a. hinsichtlich ihrer Auswirkungen nicht allzu gravierend; andererseits herrschte in den eineinhalb Jahren vor Verabschiedung des Plans in der internationalen Finanzwelt ein derartiges Mißtrauen gegenüber Argentinien, daß die Vertrauenswürdigkeit sicherlich nicht leicht wieder herzustellen war. Daher läßt sich schlußfolgern, daß im Falle eines solchen nationalen Konsenses auch eigenständigere Politiken möglich sind, d. h. die Handlungsspielräume einer Regierung auf internationalem Feld unter diesen Bedingungen beträchtlich größer sind. Der Preis im Falle des Plan Austral war allerdings die Anerkennung der ungleichen, undemokratischen Verteilungsverhältnisse und der – zumindest mittelfristige – Verzicht auf ihre Modifizierung im Sinne größerer Gerechtigkeit. Eine Regierung, die zunächst ihre Möglichkeiten völlig falsch eingeschätzt hatte und der es überdies an politischem Willen mangelte, ernsthafte und die Gesellschaftsstrukturen in ihrer Tiefe verändernde Demokratisierungsanstrengungen zu unternehmen, hat hier erkannt, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Kontrolle vollständig zu entgleiten droht; sie hat in letzter Minute das Ruder herumgerissen, um wenigstens den Ist-Zustand festzuschreiben.

Die Ergebnisse des Plan Austral

Insgesamt sind vier Etappen der Implementierung des Plan Austral zu unterscheiden:

1. Die Zeit des Congelamiento bis Ende März 1986;
2. Die Phase der Flexibilisierung bis Ende September 1986;
3. Die Maßnahmen zur Überwindung der erneut angestiegenen Inflationsraten bis Ende Februar 1987;
4. Das Scheitern des erneuten Congelamiento vom 24. Februar und das weitere Anwachsen der Inflationsraten (bis September 1987).

1. Phase: Juni 1985 bis Ende März 1986

Zunächst war ein drastischer Abfall der Inflation auf weniger als 3 % im monatlichen Durchschnitt zu verzeichnen. Bis März 1986 gelang die Stabilisierung des Wechselkurses bei der ursprünglichen Parität von 0,80 A = 1 US\$. Auch der Parallelkurs, der als Gradmesser des Vertrauens in die wirtschaftliche Stabilität anzusehen ist, entfernte sich nicht stark vom offiziellen Kurs. Erst im März erfolgte die erste Abwertung um 3,75 %. Das Haushaltsdefizit konnte beträchtlich reduziert werden, so daß es für das gesamte Jahr 1985 bei 5,9 % des BIP und 1986 nur noch bei 3,6 % lag (Banco Cen-

tral). Im Zeitraum Juni 1985 bis Ende März 1986 wurde es um insges. 5,5 % des BIP reduziert (Rozenwurcel 1986, S. 9). Das ist im wesentlichen auf die durch den Inflationsstopp bedingten staatlichen Einnahmeerhöhungen zurückzuführen.

Die rezessiven Tendenzen setzten sich zunächst fort. Seit Jahresende wurden jedoch wieder Produktionszuwächse v. a. von der Industrie ausgehend verzeichnet. Diese Reaktivierung verstärkte sich im Laufe des Jahrs 1986: Gegenüber einer negativen Wachstumsrate des BIP von 4,5 % (1985) wuchs das BIP 1986 um ca. 6,5 % (Rozenwurcel 1986, S. 19).⁷ Trotz des Erfolges bei der Inflationsbekämpfung bestand weiterhin eine erhebliche Residualinflation, die durch das Congelamiento nur zurückgestaut war. Dabei kam es zu weiteren Verschiebungen im Gefüge der relativen Preise, wovon v. a. die Nahrungsmittel – allen voran die Fleischpreise profitierten. Um zu verhindern, daß dies langfristig wieder zu emporschnellenden Inflationsraten führte, begann die Regierung ab April mit der Flexibilisierung der Preiskontrollen.

2. Phase: April 1986 bis September 1986

Bereits im Januar waren die Löhne um 5 % angehoben worden. Im Februar und März wurden Preiserhöhungen für einige Industriegüter genehmigt. Im April schließlich wurden das Congelamiento aufgehoben und durch ein System allgemeiner Preisanpassungen an die für 1986 erwartete Inflationsrate von 28 % ersetzt. Damit verbunden war ein System vorangekündigter Tarifanhebungen, neue Lohnleitlinien und eine Politik der Miniabwertungen, Hauptziel dieser Maßnahmen war, zu verhindern, daß die Ungleichgewichte in der Struktur der relativen Preise sich verstärkten. Das Moment der Indexierung, das eigentlich hatte beseitigt werden sollen, wirkte sich damit wieder verstärkend auf das Inflationswachstum aus. Mit der Flexibilisierung erhöhte sich so der inflationäre Rhythmus bis auf einen neuen Höhepunkt von 8,8 % im August. Dies hing z. T. mit der Lohnentwicklung zusammen, die sich – insbes. in der Industrie – nicht an die staatlichen Leitlinien hielt; außerdem zogen die Preise für Nahrungsmittel weiterhin kräftig an (Rozenwurcel 1986, S. 11 f.). Da die nominalen Zinssätze hinter den Inflationsraten zurückblieben, d. h. das Niveau der Realzinsen sogar leicht negative Werte erreichte, war dies gleichzeitig auch ein verstärkendes Moment für die wirtschaftliche Reaktivierung.

3. Phase: September 1986 bis Februar 1987

Im September wurde ein neues Maßnahmenpaket verabschiedet, das die Verstärkung der Preiskontrollmechanismen und die Eliminierung der automatischen Anpassung (d. h. die Indexierung) vorsah. Für die Lohnentwicklung gab es jedoch neue Leitlinien, die die vierteljährliche Anpassung an eine erwartete Inflationsrate von monatlich 3 % vorsahen. Wechselkurs und öffentliche Tarife sollten ebenfalls an diese Rate angepaßt werden. Weiterhin wurden verschiedene Instrumente zur Erhöhung der Geldmengenkontrolle eingeführt.

Im Ergebnis konnten die Inflationsraten bis Jahresende vorübergehend auf 4,7 % (im

Dezember) gedrückt werden. Die erhöhten monetären Kontrollen führten jedoch zur beträchtlichen Erhöhung der Realzinsen auf etwa das Ausgangsniveau nach Verabschiedung des Plan Austral. Die Stabilisierung war diesmal jedoch nur von sehr kurzfristiger Dauer, und im Januar lag die Inflationsrate bereits wieder bei 7,6 %. Dies ist im wesentlichen auf die schleichende Wiederaufnahme der Indexierung in praktisch allen Wirtschaftsbereichen zurückzuführen.

4. Phase: Februar 1987 bis September 1987

Diese letzte Phase ist gekennzeichnet durch das definitive Scheitern des Plan Austral. Ende Februar wurde zunächst eine modifizierte Neuauflage des ursprünglichen Plans verabschiedet, mit der man hoffte, die erneut angestiegenen Inflationsraten in den Griff zu bekommen: Preise und Löhne wurden – nach vorherigen Anpassungen – erneut eingefroren. Für den Wechselkurs wurde ein sukzessiver Abwertungsplan angekündigt, die Zinssätze wurden gesenkt. Bis April/Mai konnte die Inflationsrate auf diese Weise noch einmal vorübergehend auf 3,4 % bzw. 4,2 % gedrückt werden. Danach jedoch stieg sie unaufhörlich an bis zu einem vorläufigen Höhepunkt von 13,7 % im August.

Demokratische Stabilisierung?

Der Plan Austral ist somit in seinem Hauptziel, der Inflationsbekämpfung, gescheitert. Die Inflationsraten haben zwar noch nicht wieder annähernd das Niveau der Zeit vor der Verabschiedung des Plans erreicht; die Entwicklung ist noch weit entfernt von einer Hyperinflation. Dadurch jedoch, daß es nicht gelungen ist, die allgemeine Indexierung der Preise zu durchbrechen (bzw. dies durch einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen noch verstärkt wurde), konnte auch die Eigendynamik der Inflation nicht beseitigt werden. Die sozialpsychologische Komponente der Inflationserwartung hat sich als resistentes Strukturmoment erwiesen, welchem mit den Mitteln des Congelamiento dauerhaft nicht beizukommen war. Damit aber ist der Plan Austral auch in seinen weiteren Zielsetzungen gescheitert:

- Eine Stabilisierung des Preissystems als Voraussetzung für ein sicheres Investitionsklima und damit anhaltendes Wachstum wurde nicht erreicht;
- ebenso wenig gelang eine dauerhafte Stabilisierung der öffentlichen Finanzen, wo der inflationsbedingte Einnahmefall sich wieder zunehmend bemerkbar macht;
- damit aber ist die Regierung auch hinsichtlich einer erhöhten Kontrolle über die Wirtschaftsentwicklung mit Hilfe von Geld- und Fiskalpolitik gescheitert.

Aber v. a. im Hinblick auf das erklärte Ziel, die über hohe Inflationsraten vermittelte Einkommensumverteilung aufzuhalten und die gegebene Verteilungsstruktur festzuschreiben, um auf diesem Niveau eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung zu erreichen, ist der Plan Austral gescheitert: der Prozeß der Einkommenskonzentration ist offensichtlich weiter fortgeschritten. So kann man wohl davon ausgehen – obwohl ex-

akte Daten darüber nicht vorliegen – daß die Reallöhne im Durchschnitt gesunken sind. Die offiziellen Daten des staatlichen Statistischen Amtes INDEC weisen zwar – von einigen Schwankungen abgesehen – seit Verabschiedung des Plan Austral eine gewisse Stabilisierung der Löhne im Industriesektor aus.⁸ Aber abgesehen davon, daß es sich hier um eine Stabilisierung auf einem insgesamt niedrigen Niveau handelt, sind von ihr auch nur die relativ privilegierten Sektoren betroffen: Die Daten von INDEC basieren auf Zahlen, die 1328 Industrieunternehmen, darunter die bedeutendsten, umfassen. Man kann daher davon ausgehen, daß die Ziffern für kleinere Unternehmen, die in der Erhebung nicht enthalten sind, weit darunter liegen (Jozamí 1987, S. 13). Von Einkommensverlusten betroffen aber waren v.a. die Angestellten im öffentlichen Dienst, wo aufgrund der Notwendigkeit der Defizitreduzierung Löhne und Gehälter erheblich gekürzt wurden. Nach Angaben von Jozamí ist das mittlere Einkommensniveau im öffentlichen Dienst Ende 1986 gegenüber dem Niveau von Ende 1985 um 30 % gesunken. Da von insgesamt etwa 10 Mio. ökonomisch aktiven Personen in Argentinien 1,8 Mio. im öffentlichen Dienst arbeiten (Barrera 1987, S. 136), fallen solche Kürzungen gesamtgesellschaftlich erheblich ins Gewicht. Insgesamt muß von einer wachsenden Heterogenität der Einkommensniveaus unter den Lohnabhängigen ausgegangen werden (Sevares 1986, S. 8). Der Versuch der Regierung, hier über die Lohnleitlinien vom Frühjahr 1986 einen gewissen Ausgleich zu schaffen und gleichzeitig von einzelnen Unternehmen konzedierte Lohnerhöhungen im Nachhinein zu legitimieren, führte in einzelnen Industriebranchen zu nicht vorhergesehenen erheblichen Lohnzuwächsen, die von den Unternehmen jedoch sofort auf die Preise übergewälzt wurden, was einen Großteil der wieder angezogenen Inflationsraten erklärt (Jozamí 1987, S. 13 f.). Die von der Regierung reklamierte einkommenspolitische Neutralität des Plan Austral war somit nur vorübergehend gegeben. Das Wiederanziehen der Inflationsraten führte zur weiteren progressiven Einkommenskonzentration. Die zahlreichen Generalstreiks der Gewerkschaftszentrale CGT sind politischer Ausdruck des Widerstandes der Gewerkschaften gegen diese Lohnentwicklung – eines Widerstandes, der im Ergebnis die beschriebene Entwicklung jedoch ohnmächtig hat hinnehmen müssen. Dies ist u. a. Ergebnis der politischen Schwächung der Gewerkschaftsbewegung unter der Militärdiktatur sowie der erheblichen Fraktionierung der Gewerkschaften untereinander und im politischen Peronismus.

Der Plan Austral war somit zum einen Instrument einer – gegenüber der Politik Grinspuns – geordneteren Verwaltung der von der Diktatur ererbten Verteilungs- und Machtverhältnisse. Gleichzeitig jedoch war die mit ihm betriebene Einkommenspolitik auch gekoppelt an eine neue Politik gegenüber den Gewerkschaften, die über neue Arbeitsgesetze die Begrenzung der Tarifverhandlungen und eine Dezentralisierung der Gewerkschaftsmacht bzw. Verlagerung der Tarifauseinandersetzungen auf Unternehmensebene und damit letztlich der Fortsetzung der politischen Entmachtung der Gewerkschaften betreibt.

Diese – wenn auch mit anderen Mitteln verfolgte – Kontinuität mit der Diktatur wird auch im Bereich der Wechselkurs- und Geldpolitik deutlich: Grundsätzlich ist eine

effektive geldpolitische Kontrolle, sofern sie nicht mit tiefgreifenden Strukturreformen verbunden ist, schon aufgrund der weitgehenden Dollarisierung des Geldmittelumschlages in Argentinien nicht möglich: Für Mitte 1985 wird das Volumen an Dollars, das in der argentinischen Wirtschaft im Umlauf ist, auf etwa dieselbe Höhe geschätzt wie das Volumen an im Umlauf befindlicher nationaler Währung (Jozamí 1987, S. 5; IDEC 1987, S. 4). Hinzu kommt die Existenz eines umfangreichen inoffiziellen Finanzmarktes, der den staatlichen Kontrollmöglichkeiten enge Grenzen setzt. Auf währungspolitischem Gebiet ist es v. a. der doppelte Devisenmarkt (neben dem offiziellen ein paralleler), der politische Eingriffsmöglichkeiten begrenzt und spekulativen Geschäften Raum läßt. Unter diesen Bedingungen eng begrenzter Handlungsspielräume für den Staat war die Intention des Plan Austral, den Dollarkurs langfristig stabil zu halten und die Inflation über hohe Zinssätze zu bekämpfen, folgerichtig, und gerade auf diesem Gebiet waren im ersten Jahr der Implementierung des Plans offensichtliche Erfolge zu verzeichnen. Im Prinzip handelt es sich dabei jedoch um nichts anderes, als um eine Neuauflage der von Martínez de Hoz betriebenen Geld- und Währungspolitik mit ähnlichen Folgen: Hohe Gewinne im Finanzsektor, verbreitete Rezession aufgrund hoher Produktionskosten und wachsende Außenverschuldung. Angesichts der Oligopolstruktur der argentinischen Industrie waren die Unternehmen aber in sehr unterschiedlichem Maße in der Lage, die hohen Produktionskosten auf die Preise überzuwälzen. Da dies v. a. in der Großindustrie möglich war, trug auch die Politik der hohen Zinsen dazu bei, die Inflationsraten seit Sommer 1986 wieder hochzutreiben, während gleichzeitig in Teilen der Großindustrie investiert wurde und Wachstumsraten zu verzeichnen waren. Der Zentralisierungsprozeß innerhalb der Industrie verstärkte sich somit weiter – auch dies durchaus in Kontinuität mit der Zeit Martínez de Hoz. Mit der wieder anwachsenden Inflation aber wurde die Politik der hohen Zinsen unterhöhlt, und damit setzte genau der Prozeß ein, der vermieden werden sollte: Flucht in den Dollar, Abwertungsdruck, Inflation, wachsende Kapitalflucht usw. Damit ist der Versuch gescheitert, aus der ersten Phase der (gelungenen) Stabilisierung heraus zu einem Prozeß längerfristigen Wirtschaftswachstums zu gelangen; es erwies sich, daß die vorübergehende Preisstabilität nicht ausreichend war, um die Investitionsneigung der Unternehmer in breitem Maße zu erhöhen und darüber langfristige Wachstumsprozesse in Gang zu setzen. Die expansiven Tendenzen in der ersten Jahreshälfte 1986 reichten in weiten Bereichen nur für die Zahlung einiger Überstunden, eine bessere Auslastung der Produktionskapazitäten und ansonsten die Erhöhung der Preise (Barrera 1987, S. 135). Der traditionell enge Zusammenhang von wachsender Einkommenskonzentration und wirtschaftlicher Stagnation ist somit durch den Plan Austral nicht nur nicht durchbrochen, sondern im Gegenteil noch vorangetrieben worden.

In dieselbe Richtung gehen auch die bisher nur sehr zögerlich in Angriff genommenen und sich überhaupt erst seit Sommer 1986 in Umrissen abzeichnenden Maßnahmen zur Strukturreform: Nicht gerechtere Verteilung im Sinne einer demokratischen Stabilisierung von unten ist hier intendiert, sondern gezielte weitere Konzentration der gesellschaftlichen Ressourcen bei der »patria financiera« und einigen wenigen

großen Industrieimperien, den sog. »capitanes de la industria«, deren technologische Kapazität so weit fortgeschritten ist, daß sie auf dem Weltmarkt und insbesondere auch im Rahmen der argentinisch-brasilianischen Integrationspolitik konkurrenzfähig auftreten können. Die ersten Schritte in diese Richtung sind selektive Exportförderungsmaßnahmen und graduelle Öffnung gegenüber dem Weltmarkt; eine Art Wirtschaftsammestie mit dem Gesetz des »blanqueo de capitales«, womit der Versuch unternommen werden soll, wenigstens einen Teil des Fluchtkapitals zurückzuholen; Kapitalisierung der Schulden; Anreize für Auslandskapital v. a. im Energiebereich; Reform des Staates, d. h. v. a. Teilprivatisierungen bei den öffentlichen Unternehmen und eine generelle Verkleinerung und Effektivierung des Staatsapparates. Das parteipolitische Pendant zu diesen wirtschaftspolitischen Orientierungen ist die sog. »convergencia«, d. h. der Versuch der Regierungspartei UCR, einen Konsens mit den Parteien der Rechten und des Zentrums für die Wirtschaftspolitik herzustellen.

Vor diesem Hintergrund ist dann das Management der Auslandsverschuldung nur noch ein Mosaiksteinchen im Gesamtbild: es wird deutlich, daß auch das konservative Schuldenmanagement in erster Linie dazu dient, ein günstiges internationales Klima für die angestrebte weltmarktintegrierte Akkumulationsstrategie zu erzielen (Barrera 1987, Bocco 1986). Diese Tendenz wird sehr deutlich bei den Umschuldungsverhandlungen des Jahres 1987, als es um die Refinanzierung von insgesamt 29,5 Mrd. US\$ fällig gewordener Schulden ging. Wie bisher folgten die Verhandlungen den traditionellen Konzepten: zunächst stand-by-Abkommen mit dem IWF im Januar, mit dem dann der Weg für die Verhandlungen mit den Banken freigegeben war. Die Möglichkeit, sich an das im Februar 1987 von Brasilien erklärte einseitige Moratorium anzuhängen, wurde in Argentinien nicht ernsthaft diskutiert. Das einzige, was Argentinien so zu erreichen vermochte, war die Senkung des Spread um etwa die Hälfte auf 13/16 des Libor.⁹ Die Verhandlungen über ca. 2 Mrd. US\$ Neukredite schleppten sich zäh hin, weil die Banken sie an verschiedene Bedingungen wie »on-lending« und Kapitalisierung eines Teils der Schulden knüpften. Schließlich wurde im August ein Abkommen über Kapitalisierung geschlossen, das Investitionen bis zu 4 Mrd. US\$ innerhalb von 5 Jahren vorsieht. Die Hälfte davon soll über Konversion der öffentlichen Auslandschuld finanziert werden, die andere durch zusätzliche Mittel aus dem Ausland, so daß auf jeden kapitalisierten Dollar ein zusätzlicher neuer Dollar kommt. Die Konversion der Schulden soll dabei ohne Wertberichtigung, d. h. zu ihrem Nominalwert erfolgen, während der reale Marktwert mittlerweile bei etwa 65 % liegt.

Mit Hilfe dieses konventionellen Schuldenmanagements hat Argentinien sich inzwischen den Ruf eines einigermaßen pünktlichen Zahlers erworben. Weitere Konflikte mit den Gläubigern sind jedoch bereits vorprogrammiert, wenn nämlich die erneute Reduzierung des mit den Inflationsraten wieder angestiegenen Haushaltsdefizits gefordert ist, was jedenfalls erhebliche innenpolitische Konflikte provozieren wird. Damit sind wieder die internen Machtverhältnisse angesprochen.

Lösung des Verschuldungsproblems?

Im Ergebnis kann man resümieren, daß in Argentinien – nach dem gescheiterten Experiment Grinspuns – zwar ziemlich direkt die Politik des IWF betrieben wird, da die dirigistischen bzw. heterodoxen Elemente des Plan Austral, die von der IWF-Orthodoxie abweichen, im Endeffekt keine Modifikation der stabilisierungspolitischen Konsequenzen, die eine »reine« IWF-Politik gehabt hätte, bedeuten. Insofern ist es richtig, daß Weltmarktzwänge direkt und ungebrochen auf die Wirtschafts- und Sozialstrukturen des Landes durchschlagen. Die Ursache für diese geringe interne Verarbeitungs-kapazität von externen Einflüssen liegt aber in den politischen und sozialen Strukturen Argentinien selbst begründet: in der Tatsache, daß die innenpolitische Auseinandersetzung mit der »patria financiera«, welche die direkte Weltmarktorientierung betreibt, nicht stattfindet. Die Weltmarktdynamik soll damit nicht geleugnet werden; was jedoch betont werden soll, ist die Eigenverantwortung jeder Gesellschaft und ihrer Regierung für die Art und Weise, wie sich ein Land dieser Dynamik entweder einseitig ausliefert oder sich diese zunutze macht. Ganz im Sinne von Marx:

»Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte).

Der eigenen Verantwortung – auch im Sinne Ferrers – gerecht werden aber heißt im Falle der argentinischen Verschuldung, in erster Linie das innenpolitische Problem zu lösen und erst dann, unter neuem Vorzeichen, an eine Lösung der Verschuldungsfrage zu gehen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu diesem Begriff Altvater 1987.
- 2 Die Verteilung zwischen öffentlicher und privater Auslandsschuld hat sich wie folgt entwickelt:

	öffentl.	privat
1976	63 %	37 %
1978	67 %	33 %
1979	52 %	48 %
1980	53 %	47 %
1982	66 %	34 %
1984	77 %	23 %
1986	85 %	15 %

Quelle: Banco Central

Nach Angaben der Secretaría de Hazienda liegt der Anteil der Zinszahlungen am Zentralhaushalt bei etwa 10 %. Nach Schätzungen von Schwarzer liegt er dagegen um ein Mehrfaches darüber und umfaßt etwa ein Drittel des Zentralhaushalts bzw. mind. 15 % der konsolidierten staatlichen Gesamtausgaben (Schwarzer 1986, S. 49). Wie auch immer diese Zahlen jeweils zustande kommen – und das Unzuverlässigste in Argentinien ist die Datenbasis – so ist doch das Problem deutlich.

- 3 Über das Ley Mucci, mit welchem der Arbeitsminister Mucci die Orthodox-peronistische Vormachtstellung in den Gewerkschaften aufbrechen wollte.
- 4 Nachdem die vorher an die Wand gemalten Schreckgespenster von Embargos, Versorgungsengpässen und internationaler Isolation im Falle einer dezidierten Schuldenpolitik bereits für erhebliche Unruhe gesorgt hatten.

- 5 Rodrigazo: Die Schocktherapie des damaligen Wirtschaftsministers Celestino Rodrigo vom Juni 1975, mit der die Wechselkurse auf einen Schlag um 160 % (Im- und Export) bzw. 100 % (finanzielle Transaktionen), die Benzinpreise um 161 % und die Transporttarife um 75 % angehoben wurden.
- 6 Vgl. Gallup-Argentinä und Mora y Araujo
- 7 Im dritten Trimester 1986 wuchs das BIP gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 11 %, das Industrieprodukt sogar um 25,8 %. Der Konsum weitete sich im selben Zeitraum um 14,7 % aus, die Investitionen sogar um 39,8 % – die Investition in Ausrüstung und Maschinerie allein um 34,6 % – vgl. ebenda, S. 9/10.
- 8 Index der durchschnittlichen monatlichen Reallöhne in der Industrie (Basis: 1983 = 100)
- | | 1985 | 1986 | 1987 |
|-------|------|------|------|
| Jan | 127 | 112 | 110 |
| Febr | 105 | 98 | 94 |
| März | 106 | 95 | 95 |
| April | 104 | 100 | 100 |
| Mai | 110 | 106 | 94 |
| Juni | 97 | 89 | |
| Juli | 94 | 110 | |
| Aug | 91 | 111 | |
| Sept | 91 | 101 | |
| Okt | 98 | 110 | |
| Nov | 93 | 101 | |
| Dez | 105 | 108 | |

Quelle: INDEC

- 9 Was einer Einsparung von immerhin 5,7 Mrd. US\$ gleichkommen soll.

Literatur

- Altwater, E. (1987): *Sachzwang Weltmarkt*. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien, Hamburg
- Barrera, C. (1987): Del Plan Austral al shock estructural. Ajuste y desajuste en Argentina, in: *Nueva Sociedad*, No. 88
- Bocco, A. (1986): Plan Austral, economía y sociedad, in: *Justicia Social*, Año 2, No. 2
- El Bimestre*, Jg. 1983-1987
- Ehrke, M. (1985): Der »Plan Austral«. Währungsreform und Stabilisierungspolitik in Argentinien, in: *Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation*. Beiheft 1
- Ferrer, A. (1985): Debt, sovereignty and Democracy in Latin America. The Need for a new Orthodoxy, in: *Europe and Latin America in the World Economy*, New Haven
- Heymann, D. (1987): *The Austral Plan: AEA Papers and Proceedings*, Vol. 77, No 2
- International Monetary Fund (1984): *Argentina. Recent Economic Developments*
- Jozamí, E. (1987): *Política antiinflacionaria y recesión en la Argentina*. Buenos Aires
- Rozenwurcel, G. (1986): *La economía argentina despues de un ano y medio de Plan Austral: Balance y perspectivas*, Buenos Aires
- Schwarzer, J. (1983): Argentina 1976-81: El endeudamiento externo como pivote de la especulación financiera, in: *Economía de América Latina*, No. 10
- Schwarzer, J. (1985): *La experiencia argentina de renegociación de su deuda externa: limitaciones y perspectivas*, Buenos Aires
- Schwarzer, J. (1986): *El Estado y su mecanismo de regulación frente a diferentes situaciones macroeconómicas*, Buenos Aires
- Secretaría de Hazienda (o.J.): *Programa Financiero para 1987*, Buenos Aires
- Sevares, J. (1986): Los salarios en la Argentina, in: *El Bimestre*, No. 26
- Simon, G. (1986): Die Enteignung Argentininiens durch das internationale Finanzkapital. Über die imperialistischen Strukturen des monetären Weltmarkts, in: *PROKLA*, No. 63